

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 156. Ratssitzung vom 7. Juni 2017**

### **2980. 2016/456**

**Weisung vom 21.12.2016:**

**Elektrizitätswerk, Rahmenkredit von 200 Millionen Franken für den Erwerb von Energieerzeugungsanlagen, die erneuerbare Energie nutzen**

Antrag des Stadtrats

1. Für den Bau oder Kauf von Energieerzeugungsanlagen, die erneuerbare Energie nutzen, für den Kauf von Beteiligungen an Energieerzeugungsanlagen, die erneuerbare Energie nutzen, für die Gründung von Gesellschaften für den Bau von Energieerzeugungsanlagen sowie für die Gewährung von Darlehen an solche Gesellschaften wird ein Rahmenkredit von 200 Millionen Franken bewilligt.
2. Über die Aufteilung des Rahmenkredits in Objektkredite entscheidet der Stadtrat.

Referent zur Vorstellung der Weisung:

**Mario Mariani (CVP):** *Die Ausgangslage ist in allen Weisungen, die heute behandelt werden, vergleichbar. Im Juni 2016 beschloss die Stimmbevölkerung den Ausstieg aus der Kernenergie bis zum Jahr 2034. Am 21. Mai stimmten wir der Energiestrategie des Bundes zu. Ursache für die Weisungen und Geschäfte, die wir heute Abend diskutieren, ist das Nichteintreten des Gemeinderats auf die Vorlage zur Ausgliederung des ewz im Oktober 2016. In dieser Weisung geht es um einen Rahmenkredit in Höhe von 200 Millionen Franken für erneuerbare Energien. Es handelt sich nicht um den ersten Rahmenkredit. Rahmenkredite sind grundsätzlich zu begrüßen. Dadurch können Entscheidungswege verkürzt werden, das ewz kann Verträge abschliessen. Dies wäre viel komplizierter, wenn der Gemeinderat immer konsultiert werden müsste. Durch diese Weisung will der Stadtrat Alternativenergien fördern. Es geht um Wasserkraft, Windanlagen, Photovoltaikanlagen, Biomasse und Geothermieanlagen. Der Stadtrat schlägt in dieser Weisung vor allem europäische Standorte vor. Vieles soll im nördlichen Teil Europas realisiert werden. Deutschland ist ein möglicher Standort für die Windenergienutzung und für Photovoltaikanlagen. Der Stadtrat will optimale Standorte aussuchen. Er wünscht sich Rechtssicherheit, er will das Marktentwicklungspotential abschätzen und dadurch gewisse Cluster bilden. Der Stadtrat will eine Nähe zur Schweiz. Der bisherige Rahmenkredit, den der Gemeinderat 2008 beschlossen hat, ist beinahe ausgeschöpft. Dies ist der Grund für diese Weisung. Für die Bewilligung des Rahmenkredits ist eine Volksabstimmung notwendig. Es gibt einen Änderungsantrag.*

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Roger Tognella (FDP):** *Mario Mariani (CVP) hat nicht gesagt, dass es einen Mehrheitsantrag zur Dispositivziffer 1 gibt. Der Antrag entstand aus dem Gedanken heraus, dass*

mit den 200 Millionen Franken ein recht grosses Volumen an Geld investiert wird. Man kann sagen, dass die Kommissionsmehrheit die Notwendigkeit für Investitionen erkennt. Wir wollen den Gedanken, der in der Gemeindeverordnung verankert ist, leben. Wir wollen aber auch sicherstellen, dass ein Grossteil des Geldes, nämlich ein Drittel, in der Stadt und in der Schweiz bleibt. Wir wollen Investitionen in der Schweiz ermöglichen. Wir wollen in der Stadt in Photovoltaik investieren. Das Geld soll zu einem grossen Teil in das lokale Gewerbe fliessen. Es ist wichtig, auch in der Schweiz zu investieren. Dadurch können wir Innovationen vorantreiben. Dies nützt der Stadt und der städtischen Energiebilanz. Energieerzeugung ist wichtig. In diesem Bereich wollen wir investieren.

**Martin Bürlimann (SVP):** Sie wollen in der Nordsee Windräder bauen. Dieser Strom wird Zürich nie erreichen. Es handelt sich um Flatterstrom. Die Windräder in der Nordsee funktionieren nur dank Subventionen. Die SVP empfiehlt Ihnen, in bewährte Wasserkraft zu investieren. Ich erlaube mir einen Blick auf die jüngere Vergangenheit. Es ging bereits in einer Weisung um den Ausbau eines bestehenden Wasserkraftwerks beim Grimsel. Es gibt elektrischen Strom aus Wasserkraft, den man zu guten Tarifen verkaufen kann. Gemäss Stadtrat bietet das Grimselgebiet ideale Voraussetzungen für Wasserkraft. Die Produktion würde ausreichen, um rund 70 % des städtischen Bedarfs abzudecken. Etwa die Hälfte der Produktionsmenge ist gemäss Stadtrat hochwertige Energie, die in Speicherseen zwischengelagert wird und zu jedem beliebigen Zeitpunkt verfügbar ist. Mit der höheren Energieproduktion können rund 26 000 zusätzliche Haushalte versorgt werden. Sie wollen jetzt Windräder in der Nordsee bauen. Beim Bau von Windanlagen unter Wasser gibt es Schallwellen von 160 Dezibel. Das ist Biozid. Gleichzeitig wehren Sie sich gegen die Aufwertung des Grimselstausees. Mit dem projektierten Kraftwerk Tiefencastel Plus können jährlich rund 1200 Haushalte mit erneuerbarer Energie versorgt werden. Gemäss Stadtrat leistet die Wasserkraft einen wichtigen Beitrag zur 2000-Watt-Gesellschaft. Wir beantragen, dass in der Schweiz in Wasserkraft investiert werden soll. Der Stadtrat hat gesagt, es gebe keine Angebote auf dem Markt. In Widerspruch dazu stehen die Verkäufe der AXPO. Es gibt Wasserkraft zu sehr guten Preisen auf dem Markt. Der Strom wird hier produziert, ins Netz eingespeist und verbraucht.

Weitere Wortmeldungen:

**Helen Glaser (SP):** Die SP wird dieser Weisung zustimmen. Es handelt sich um eine Fortsetzung der bisherigen erfolgreichen Politik des ewz im Bereich der erneuerbaren Energie. Der Auftrag ist nun breiter gefasst. Wir haben eine Motion mit gleichem Inhalt eingereicht, die wir aufgrund dieser Weisung zurückgezogen haben. Die SP unterstützt den gemeinsamen Antrag der FDP und der Grünen. Wir finden es sinnvoll, wenn in der Schweiz und in der Stadt investiert wird. Dies wird sicher auch die Stimmbevölkerung unterstützen. Den Antrag der SVP halten wir für zu eng.

**Guido Hüni (GLP):** Unser Name ist Programm. Wir werden dieser Weisung zustimmen. Martin Bürlimann (SVP) hat ein Plädoyer für Wasserkraft gehalten. Es schien eher um den Absender als um den Empfänger zu gehen. Es gibt Fakten, die zeigen, dass Wasserkraft nicht mehr so rentabel ist. Die Firmen, die Wasserkraft verkaufen, tun dies nicht, weil Wasserkraft so rentabel ist. Wir von der GLP sind froh, dass sich die Mehrheit dieser

*Situation bewusst ist. Wir wollen Investitionen tätigen, die es dem ewz ermöglichen, Geld zu verdienen. Dies betrifft Anlagen, die Subventionen erhalten. Diese Subventionen im Ausland kann man schlimm finden. Die Mehrheit teilt diese Ansicht zum Glück nicht. Den Änderungsantrag der FDP und der Grünen unterstützen wir.*

**Roger Liebi (SVP):** *Wir vertreten nicht die Ansicht, dass es richtig ist, dass wir von den Steuerzahlern im Ausland profitieren, die für diese Einspeisevergütung aufkommen müssen. In der Schweiz hat ein grösserer Windpark vor allem wegen den Naturschützern keine Chance. Die Grünen verhindern in der Schweiz die eigenen Windparks. Die einzige Alternative ist somit das Ausland. Sie möchten sauber wirken, die Energie aber bei uns nicht produzieren, weil es den Land- und Naturschutz betreffen könnte. Das finde ich speziell. Guido Hüni (GLP) sagte, Wasserkraft würde die Gestehungskosten nicht decken. Dies liegt an den Subventionen für andere Energieträger. Das Bundesverfassungsgericht hat die Atomsteuer in Deutschland für nichtig und verfassungswidrig erklärt. Wir wissen nicht, was passieren wird. Dies zeigt die Risiken von Investitionen im Ausland auf. Sie feiern jetzt neu die Solarkraft. In der Weisung wird alles gelobt, was im Ausland investiert wird. In einer kleinen Fussnote ist die Solarkraftanlage in Spanien erwähnt. Die Zahlen werden nicht kommuniziert. Die einzige Solarkraftanlage der Stadt rentiert nicht. Sie wollen Ihr ökologisches Gewissen beruhigen, indem Sie verordnen, dass die Stadt ein Drittel in Solarkraft investieren muss. Der Vorschlag ist sehr schwammig formuliert. Es geht nur um die Beruhigung des Gewissens.*

**Matthias Probst (Grüne):** *Die Grünen machen bei dieser Weisung auch mit. Wir haben solche Weisungen auch schon zu einzelnen Energieträgern eingereicht, diese Weisung ist nun ein Kombipaket. Dies ist eine Folge dessen, dass wir ein Stadtwerk haben, das agil investieren soll. Wir müssen investieren. Wir wollen, dass mit dem Geld Windräder gebaut werden. Das Potential ist riesig. Auch in der Schweiz gibt es ein grosses, brachliegendes Potential. Wir wollen, dass Solaranlagen auf jeder ungenutzten, verbauten Fläche gebaut werden. Dies betrifft vor allem Dächer ohne Terrasse. Das Potential in der Schweiz ist insbesondere im urbanen Raum riesig. Im Raum Zürich könnte man auf 5188 Gigawattstunden kommen, wenn man einen Vollausbau durchführen würde. Dies würde für 1,1 Millionen Vierpersonenhaushalte reichen. Dieses Potential wollen wir stärker fördern. Im Änderungsantrag geht es darum, dass ein Drittel in der Schweiz investiert werden soll. Zusätzlich soll die Solarenergie in der Stadt stärker ausgebaut werden. Nach Annahme des Energiegesetzes kann man stärker auf das Mittel der Eigenverbrauchsguppen setzen. So können vor allem Genossenschaften, die grössere Flächen bauen, von Anfang an mitplanen und die Flächen nutzen. Ohne Netznutzungsgebühren ist Solarenergie wirtschaftlich. Das ewz könnte mehr tun. Wir wollen nicht, dass das Geld in zusätzliche Wasserkraft investiert wird. Das Potential ist in der Schweiz ausgeschöpft. Man könnte allenfalls anderen Anbietern die Wasserkraft abkaufen. Dies ist vermutlich die Strategie der SVP. Dadurch wird aber keine zusätzliche Kilowattstunde produziert. Eine Realisierung in Deutschland ist praktischer. Man muss feinfühlig an die Sache herangehen. Ich wäre froh, wenn das städtische Potential besser genutzt werden kann. Ich hoffe, dass man mit gesetzlichen Änderungen gewisse Bauträger dazu verpflichten kann, den Eigenversorgungsgrad langfristig zu erhöhen. Das Geld ist sicher gut investiert.*

**Roger Tognella (FDP):** *Es ist schade, dass wir in eine ideologische Diskussion geraten und uns nicht auf das Wesentliche konzentrieren. Wir investieren nicht in Bauten von Privaten, die Eigengebrauchsoptimierung betreiben. Das ist ein anderes Thema. Wir investieren in Energieerzeugungsanlagen, durch die das ewz Energie produziert. Der Antrag ist nicht ideologisch formuliert. Mit dieser Weisung knüpft man an eine Pionierleistung des ewz an. Das ewz musste früher die ganze Energieleistung der Stadt selber produzieren und die Stadt mit Strom versorgen. Der Umstand, dass sie dies auf einem grösseren Perimeter und über die Landesgrenzen hinaus betreibt, ist klar. Es gibt Investitionsgesellschaften, die in solche Greentech-Unternehmen investieren. Der Grundgedanke ist der, dass wir mit einem eigenen Werk dafür sorgen müssen, dass wir weiterhin produzieren können. Die 200 Millionen Franken werden voll in die Energieproduktion der Stadt investiert. Das Geld geht nicht in private Genossenschaften oder andere Bauträger. Dass Bestrebungen in Richtung Eigenverbrauchsanbindung unternommen werden, ist klar. Der Grundgedanke ist der, dass 200 Millionen Franken in die Erzeugung investiert werden. Ein Drittel des Geldes soll da bleiben. Man will gezielt in der Stadt Massnahmen fördern. Es ist am wahrscheinlichsten, dass wir mit der Photovoltaik am meisten erreichen können. Das ist wichtig für die Stadt. Wir müssen Sorge tragen, dass das ewz weiterexistieren kann. Die Diskussion ist pragmatisch.*

**Martin Bürlimann (SVP):** *Matthias Probst (Grüne) zufolge ist alles an Wasserkraft ausgeschöpft. Das möchte ich so nicht stehenlassen. Ich habe die Eckdaten zu Tiefencastel Plus genannt. Die genannte, mögliche Stromversorgung von 1200 Haushaltungen ist zusätzliche Energie eines bestehenden Werks. Man hat einen Tunnel gebaut und die Restwassermenge gefasst. Das ist einfache Technologie. In den Spitzenzeiten wird der Strom eingespeist. Das Netz ist stabil. Es gibt zahlreiche derartige Beispiele. Sie tätigen hochproblematische Investitionen im Wattenmeer. Das ist ein hochkompliziertes Ökosystem. Den Grimselstausee verhindern Sie mit allen Mitteln. Man kann kleine Projekte in der Nähe von Zürich verfolgen und den Strom hier einspeisen.*

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** *Es wurde gefordert, die Angelegenheit pragmatisch anzuschauen. Nun muss ich alle Ideologen, die Solarenergie und Windkraft mystifizieren auf den Boden der Realität zurückholen. Vor einer Woche bin ich an die Ostsee gefahren. Vor Stralsund hat mich das nackte Entsetzen gepackt, als ich gesehen habe, wie viele riesige Windmühlen dort aufgebaut worden sind. Die grünen Wiesen sind mit Sonnenkollektoren zugepflastert. Kulturland wird zugepflastert. Auch in Spanien ist das so. Die Windmühlen auf den Hügelketten sehen furchterregend aus. In Kalifornien bei Palm Springs gibt es auch Windparks. Das ist eine Halbwüste. Dort stören sie nicht. Das sind Modelle, die eigentlich pragmatisch und vernünftig sind. Wenn man meint, im Rahmen der Energiewende alles auf hiesige Verhältnisse anwenden zu können, dann ist das naiv. Man muss auf den Boden der Realität zurückkommen.*

**Guido Hüni (GLP):** *Die Debatte wird zunehmend sonderbar. Es ist schön, wenn die Wasserkraft verklärt wird. Ginge es um ein Ersatzatomkraftwerk, dann kämen flammende Voten seitens SVP für die Befürwortung. Jetzt werden Wind- und Solarenergie verteuert, obwohl die Fakten einfach sind. Die Gestehungskosten sinken. Dies entspricht normalen, ökonomischen Gesetzen. Die Verdoppelung der Produktion führt zu einer Halb-*

rung oder gar Viertelung der Kosten. Die Technologie wird günstiger. An vielen Orten wird Netzparität mit Solarenergie erreicht. Dies ist zum Beispiel in Deutschland der Fall. Es gibt zwei marktführende Anbieter von Offshore-Windanlagen. Diese wollen keine Einspeisevergütung. Sie nehmen das Risiko auf sich. Diese Blase wird nicht platzen. Die Maschinerie ist angefahren und wird laufend effizienter. Ihre Enkel werden Sie auslachen, dass Sie noch konventionelle Energieträger gebraucht haben. Die Fakten sprechen für sich. Es ist am kostengünstigsten, Energie ohne fossile Rohstoffe zu produzieren. Was spricht dagegen, in der Nordsee Offshore-Windkraftanlagen zu bauen? Sie können dort doppelt so viel Windkraft wie an Land produzieren. Die Anlagen sieht niemand. Sie können sich in Frankreich anschauen, wie Atomkraftwerke die Gegend verschandeln. Dann können Sie nach Russland fahren und entsetzt beobachten, wie die Endlagerung oder der Uranabbau stattfinden. Es ist eine Tatsache, dass erneuerbare Energien Wachstumspotential haben. Das ewz soll sich dieser Entwicklung nicht verschliessen. Wenn es die einzigen Technologien sind, mit denen eine anständige Rendite erwirtschaftet werden kann, dann soll man diese nutzen. Nun möchte ich auf die unsägliche Behauptung eingehen, derzufolge die erneuerbaren Energien in Deutschland den Strompreis kaputt gemacht haben. Das ist nur zu etwa 25 % der Fall. Es geht vor allem darum, dass die Preise für konventionelle Energieträger gefallen sind.

**Roger Liebi (SVP):** Guido Hüni (GLP) spricht aus Investorensicht. Er hat gesagt, man könne Alternativenergie mittlerweile zu Marktpreisen einspeisen. In der Nordsee produzierter Strom wird die Schweiz nicht erreichen. Erinnern wir uns an die Diskussion um die Kantonalbanken. Es wurde immer gesagt, die Kantonalbanken müssten dort investieren, wo sie das Risiko selbst beurteilen können. Es erstaunt mich, wie nun Investitionen vornehmlich im Ausland getätigt werden sollen. Ihr setzt euch der Rechtslage, die Ihr nicht beeinflussen könnt, und anderen Widrigkeiten aus. Ich möchte davor warnen. Vieles, was Guido Hüni (GLP) sagt, ist richtig. Man muss sich aber fragen, warum es nicht möglich ist, mehr bei uns zu tun. Hier sind sehr viele Leute dagegen. Deshalb wird die Energiegewinnung ins Ausland ausgelagert. Alles, was man juristisch nicht selber absichern kann, ist ein Gefahrenherd. Wir wissen nicht, wie die Gesetze in 50 Jahren aussehen werden. Darauf haben wir keinen Einfluss. Das ist eine Gefahr, vor der ich Sie warnen möchte. Die Investitionen tätigt die ewz Deutschland GmbH. Auf diese haben Sie keinen Zugriff. Es irritiert mich, dass Sie dies einfach so akzeptieren. Wir konnten immerhin durchsetzen, dass wir den geheimen Geschäftsbericht der ewz Deutschland GmbH einsehen konnten.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

**STR Andres Türlér:** Ich möchte auf den Boden der Tatsachen zurückkommen. Das ewz will auch in Zukunft vermehrt nachhaltige Energie produzieren. Dies steht in unserer Verfassung und in der Strategie des ewz. Das ewz will mit Wind, Sonne, Wasser, Biomasse und Geothermie künftig mehr Strom produzieren. Das ewz will dies nur dann tun, wenn es wirtschaftlich ist. Es will deshalb alle Chancen im In- und Ausland nutzen. Deshalb benötigen wir einen Rahmenkredit. Wir betrachten es als realistisch, dass wir rund einen Drittel in der Schweiz investieren können. Besonders im Bereich der Solarenergie gibt es

6 / 7

*in der Stadt Potential. Es geht im Moment nur um diese Frage. Es geht um unsere nachhaltige Zukunft.*

#### Änderungsanträge 1–2 zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Für den Bau oder Kauf von Energieerzeugungsanlagen, die erneuerbare Energie nutzen, für den Kauf von Beteiligungen an Energieerzeugungsanlagen, die erneuerbare Energie nutzen, für die Gründung von Gesellschaften für den Bau von Energieerzeugungsanlagen sowie für die Gewährung von Darlehen an solche Gesellschaften wird ein Rahmenkredit von 200 Millionen Franken bewilligt. Dabei ist anzustreben, dass ein Drittel des Rahmenkredits in der Schweiz, möglichst auch für Anlagen zur Nutzung der Solarenergie in der Stadt Zürich, investiert wird.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Für den Bau oder Kauf von Energieerzeugungsanlagen, die erneuerbare Energie nutzen, für den Kauf von Beteiligungen an Energieerzeugungsanlagen, die erneuerbare Energie nutzen, für die Gründung von Gesellschaften für den Bau von Energieerzeugungsanlagen sowie für die Gewährung von Darlehen an solche Gesellschaften wird ein Rahmenkredit von 200 Millionen Franken bewilligt. Der Rahmenkredit darf ausschliesslich für Wasserkraft in der Schweiz, insbesondere für Konzessionen und Beteiligungen an Kraftwerken, verwendet werden.

Mehrheit: Roger Tognella (FDP), Referent; Präsidentin Helen Glaser (SP), Vizepräsident Markus Kunz (Grüne), Andreas Egli (FDP) i. V. von Pablo Büniger (FDP), Niyazi Erdem (SP), Guido Hüni (GLP), Mario Mariani (CVP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Ronny Siev (GLP), Michel Urben (SP)  
Minderheit: Martin Bürlimann (SVP), Referent; Dubravko Sinovcic (SVP)  
Abwesend: Andreas Kirstein (AL)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit	102 Stimmen
Antrag Minderheit	20 Stimmen
Antrag Stadtrat	<u>0 Stimmen</u>
Total	122 Stimmen
= absolutes Mehr	62 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

7 / 7

Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zu den bereinigten Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit:	Roger Tognella (FDP), Referent; Präsidentin Helen Glaser (SP), Vizepräsident Markus Kunz (Grüne), Andreas Egli (FDP) i. V. von Pablo Büniger (FDP), Niyazi Erdem (SP), Guido Hüni (GLP), Mario Mariani (CVP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Ronny Siev (GLP), Michel Urben (SP)
Minderheit:	Martin Bürlimann (SVP), Referent; Dubravko Sinovcic (SVP)
Abwesend:	Andreas Kirstein (AL)

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 2 Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist beschlossen:

1. Für den Bau oder Kauf von Energieerzeugungsanlagen, die erneuerbare Energie nutzen, für den Kauf von Beteiligungen an Energieerzeugungsanlagen, die erneuerbare Energie nutzen, für die Gründung von Gesellschaften für den Bau von Energieerzeugungsanlagen sowie für die Gewährung von Darlehen an solche Gesellschaften wird ein Rahmenkredit von 200 Millionen Franken bewilligt. Dabei ist anzustreben, dass ein Drittel des Rahmenkredits in der Schweiz, möglichst auch für Anlagen zur Nutzung der Solarenergie in der Stadt Zürich, investiert wird.
2. Über die Aufteilung des Rahmenkredits in Objektkredite entscheidet der Stadtrat.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 14. Juni 2017 gemäss Art. 10 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat